



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD

Bundesamt für Justiz BJ

Direktionsbereich Privatrecht

Eidgenössisches Amt für das Zivilstandswesen EAZW

Weisung EAZW

Nr. 10.19.03.01 vom 1. März 2019 (Stand: 1. Februar 2026)

**Zusammenarbeit zwischen den
Zivilstandsbehörden und dem
Staatssekretariat für Migration (SEM)**

Zusammenarbeit im Asyl- und Ausländerbereich

**Weisung des Eidgenössischen Amtes für das Zivilstandswesen
gestützt auf Art. 84 Abs. 3 Bst. a der Zivilstandsverordnung (ZStV)**

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	3
2	Aufgabenübersicht, rechtliche Grundlagen und Zusammenarbeit mit dem SEM	3
2.1	Aufforderung zur Beschaffung von Dokumenten	3
2.2	Sicherstellung von Dokumenten	4
2.3	Übermittlung sichergestellter Dokumente	4
2.3.1	Modalitäten der Übermittlung	4
2.3.2	Überprüfung von Dokumenten durch Zivilstandsbehörden	5
2.3.3	Vorgehen bei Verdacht auf eine Straftat	5
2.4	Meldung von Zivilstandsereignissen an das SEM	6
2.5	Meldung betreffend Umgehung des Ausländerrechts und des unrechtmässigen Aufenthalts	6
2.6	Datenbekanntgabe auf Anfrage des SEM	7
2.7	Einsichtnahme in Asyl dossiers und Auskünfte des SEM	7
2.7.1	Einsichtnahme in Asyl dossiers	7
2.7.2	Auskünfte zur Beschaffungsmöglichkeit von Dokumenten	7
3	Die asyl- und ausländerrechtlichen Status im Einzelnen	8
3.1	Aufenthalts- und Niederlassungsbewilligung – Ausweise B und C	8
3.1.1	Definition des Status	8
3.1.2	Personen ohne Flüchtlingseigenschaft mit Ausweisen B oder C	8
3.1.3	Flüchtlinge mit Ausweisen B oder C	8
3.2	Vorläufige Aufnahme – Ausweis F	9
3.2.1	Definition des Status	9
3.2.2	Vorläufig aufgenommene Flüchtlinge (Ausweis F)	9
3.2.3	Vorläufig Aufgenommene ohne Flüchtlingseigenschaft (Ausweis F)	10
3.3	Asylsuchende und abgewiesene Asylsuchende – Ausweis N	10
3.3.1	Definition des Status	10
3.3.2	Asylsuchende (Ausweis N)	11
3.3.3	Rechtskräftig abgewiesene Asylsuchende (mit oder ohne Ausweis N)	11
3.4	Schutzbedürftige – Ausweis S	12
3.4.1	Definition des Status	12
3.4.2	Schutzbedürftige (Ausweis S)	12
3.5	Bestätigungsschreiben der Migrationsämter	13
4	Inkrafttreten	13

1 Einleitung

Die schweizerischen Zivilstandsbehörden haben im Rahmen der Beurkundung von Zivilstandsereignissen ausländischer Personen sowie der Aufnahme ausländischer Personen in das Personenstandsregister Berührungspunkte mit den schweizerischen Migrationsbehörden. Dies betrifft insbesondere folgende Bereiche:

- Aufforderung ausländischer Personen zur Beschaffung von Dokumenten,
- Sicherstellung, Überprüfung und Übermittlung von Dokumenten,
- Meldung von Zivilstandsereignissen und von Umgehungen des Ausländerrechts,
- Einsichtnahme in Asyl dossiers und Einholen von Auskünften bei den Migrationsbehörden.

Die Pflichten und Befugnisse der Zivilstandsbehörden in diesen Bereichen sind abhängig vom asyl- und ausländerrechtlichen Status der betroffenen ausländischen Person. Die Zivilstandsbehörden prüfen deshalb in einem ersten Schritt den vorgelegten Ausländerausweis (Ausweise B, C, F, N und S). Lässt sich der Status aus dem Ausländerausweis nicht genügend genau eruieren, kann eine Abklärung mittels Abruf im Zentralen Migrationsinformationssystem (ZEMIS) vorgenommen werden, oder es wird von den Migrationsbehörden eine Bestätigung des ausländerrechtlichen Status verlangt. Die Erörterung des Status sowie die spezifisch damit verbundenen Pflichten und Befugnisse der Zivilstandsbehörden sind in Ziffer 3 für jeden Ausländerausweis einzeln dargestellt.

In den Anhängen 3 und 4 finden sich ergänzend ein tabellarischer Überblick über die Befugnisse und Pflichten der Zivilstandsbehörden hinsichtlich der Beschaffung und Sicherstellung von Dokumenten im Umgang mit ausländischen Personen sowie ein kurzer Beschrieb der einzelnen asyl- und ausländerrechtlichen Status der Betroffenen.

2 Aufgabenübersicht, rechtliche Grundlagen und Zusammenarbeit mit dem SEM

2.1 Aufforderung zur Beschaffung von Dokumenten

Gestützt auf Art. 15a Abs. 2 ZStV¹ in Verbindung mit Art. 16 Abs. 2 müssen ausländische Personen zwecks Aufnahme in das Personenstandsregister die erforderlichen Dokumente (insbes. Dokumente über Identität, Geburt, Geschlecht, Namen, Abstammung, Zivilstand, Staatsangehörigkeit) vorlegen.

Die Zivilstandsbehörden sind zu diesem Zweck befugt, alle sich in der Schweiz befindlichen ausländischen Personen aufzufordern, heimatliche oder von Drittstaaten ausgestellte Dokumente zu beschaffen.

Die Aufforderung zur Beschaffung fehlender Dokumente durch Kontaktaufnahme mit den heimatlichen Behörden ist zulässig, wenn dadurch keine Gefahr für die Betroffenen entsteht (Ausländer und Ausländerinnen ohne Flüchtlingseigenschaft).

¹ Zivilstandsverordnung vom 28. April 2004; SR 211.112.2

Demgegenüber dürfen ausländische Personen dann nicht aufgefordert werden, Dokumente durch Kontaktaufnahme mit den heimatlichen Behörden zu beschaffen, wenn diese die potenziellen Verfolgerbehörden sind. In diesem Fall sind die Schutzinteressen von Asylsuchende im laufenden Verfahren, von Schutzbedürftigen oder Flüchtlingen höher zu gewichten.

2.2 Sicherstellung von Dokumenten

Die Sicherstellung von heimatlichen oder durch Drittstaaten ausgestellten Dokumenten, welche Hinweise auf die Identität einer ausländischen Person aus dem Asylbereich geben können, ist im Asylgesetz² geregelt.

Gemäss Art. 10 Abs. 2 AsylG i.V.m. Art. 2b AsylV³ ist jede Behörde und Amtsstelle verpflichtet, ausländische Reisepapiere, Identitätsausweise oder sämtliche andere Dokumente, welche Hinweise auf die Identität einer Person geben können, die in der Schweiz ein Asylgesuch gestellt hat, sicherzustellen und an das Staatssekretariat für Migration (SEM) zu übermitteln.

Andere Dokumente, welche Hinweise auf die Identität einer Person geben können, sind insbesondere Zivilstandsdokumente, Nachweise über die Familienbeziehungen, Taufscheine, Staatsangehörigkeitsausweise, Flüchtlingsausweise, Führerausweise und Militärausweise (Art. 2b Abs. 2 AsylV 1).

Bei Personen jedoch, welche die Flüchtlingseigenschaft erfüllen (anerkannte Flüchtlinge), beschränkt sich die Sicherstellung auf Pässe und Identitätsausweise, welche ihnen durch den Heimatstaat ausgestellt wurden (Art. 10 Abs. 5 AsylG).

2.3 Übermittlung sichergestellter Dokumente

2.3.1 Modalitäten der Übermittlung

Dokumente, die Hinweise auf die Identität einer Person geben können, werden von den Zivilstandsbehörden sichergestellt und dem SEM im Hinblick auf die Beschleunigung des Asylverfahrens unverzüglich im Original (Art. 2b Abs. 1 AsylV 1) übermittelt. Vorbehalten bleibt eine allfällige Überprüfung der Dokumente auf Echtheit oder die Zustellung an die Strafverfolgungsbehörden bei Verdacht auf eine Straftat (vgl. Ziff. 2.3.2 und 2.3.3). In diesen Fällen ist dem SEM unverzüglich eine Kopie des entsprechenden Dokuments zu übermitteln und die Originale sind erst nach Abschluss dieser Arbeiten dem SEM zuzustellen. Sichergestellte Dokumente sind auch dann zu übermitteln, wenn – zum Beispiel infolge Rückzugs eines Gesuchs um Vorbereitung der Eheschliessung – keine Aufnahme ins Personenstandsregister erfolgt.

Die sichergestellten Dokumente sind dem SEM im Original zuzustellen und werden durch diese Behörde aufbewahrt (Art. 31 Abs. 4 ZStV). Das Zivilstandsamt erstellt von denjenigen Dokumenten, welche als Beleg zur Beurkundung gehören, in Analogie zu Art. 33 Abs. 2 ZStV

² Asylgesetz vom 26. Juni 1998 (AsylG); SR 142.31

³ Asylverordnung 1 über Verfahrensfragen vom 11. August 1999; SR 142.311

beglaubigte Kopien. Das Zivilstandsamt stellt anschliessend der betroffenen Person das Formular über die Bestätigung der Sicherstellung von Dokumenten zu (siehe Anhang 1).

Benötigen die Zivilstandsbehörden zu einem späteren Zeitpunkt die Originale, stellt das SEM diese auf Wunsch zur vorübergehenden Einsichtnahme zur Verfügung (Art. 31 Abs. 4 letzter Satz ZStV).

2.3.2 Überprüfung von Dokumenten durch Zivilstandsbehörden

Die Durchführung einer Überprüfung von Dokumenten durch die Zivilstandsbehörden, respektive die Erteilung eines entsprechenden Auftrags an die dafür zuständige Schweizer Vertretung, erfolgt gemäss Art. 5 Abs. 1 Bst. g ZStV sowie den diesbezüglichen Weisungen EAZW.

Eine vertiefte Überprüfung der Dokumente einer ausländischen Person darf bei Notwendigkeit bei allen Ausländerinnen und Ausländern angeordnet werden. Analog zur Aufforderung zur Beschaffung von heimatlichen Dokumenten ist aber die aufenthaltsrechtliche Situation von Flüchtlingen, Schutzbedürftigen und Asylsuchenden (Personen, deren Flüchtlingseigenschaft noch nicht geklärt ist) zu berücksichtigen. Bei diesen Personen muss die auftragserteilende Zivilstandsbehörde die Schweizer Vertretung im Ausland anweisen, die vertiefte Überprüfung mit der erforderlichen Diskretion durchzuführen (diskrete Überprüfung, d.h. Hinweis an Botschaft über Flüchtlingseigenschaft oder Schutzbedürftigkeit bzw. hängiges Asylverfahren, welche eine Kontaktaufnahme mit den heimatlichen Behörden verbieten).

Für die vertiefte Überprüfung benötigt die zuständige Schweizer Vertretung die Originaldokumente. Deshalb wird deren unverzügliche Übermittlung ans SEM gemäss Art. 2b Abs. 1 AsylV 1 aufgeschoben. Die Zivilstandsbehörde stellt dem SEM stattdessen unverzüglich eine Kopie der entsprechenden Dokumente zu und gibt an, innert welcher Frist die Originaldokumente voraussichtlich an das SEM übermittelt werden.

Nach Abschluss der Überprüfung übermittelt die Zivilstandsbehörde dem SEM die Originaldokumente sowie das Resultat der Überprüfung (vgl. auch Art. 10 Abs. 3 AsylG). Das Resultat wird dem SEM stets durch diejenige Zivilstandsbehörde, welche die Überprüfung angeordnet hat, mitgeteilt. Der Fachbereich Infostar im Bundesamt für Justiz (FIS) wird hierzu nicht eingeschaltet.

2.3.3 Vorgehen bei Verdacht auf eine Straftat

Die Zivilstandsbehörden sind verpflichtet, alle Straftaten, die sie bei ihrer amtlichen Tätigkeit feststellen, den zuständigen kantonalen Strafverfolgungsbehörden anzuzeigen (Art. 43a Abs. 3^{bis} ZGB⁴ und 16 Abs. 7 ZStV).

Die Zivilstandsbehörden legen Dokumente, bei denen der begründete Verdacht besteht, dass sie gefälscht oder unrechtmässig verwendet worden sind, der Strafanzeige bei.

Die anzeigende Zivilstandsbehörde übermittelt dem SEM in diesem Fall eine Kopie der Strafanzeige und des Dokuments. Sobald das Ergebnis der Strafverfolgungsbehörde vorliegt, wird dieses sowie das allenfalls zurückerhaltene Originaldokument ebenfalls dem SEM zugestellt.

⁴ Schweizerisches Zivilgesetzbuch vom 10. Dezember 1907; SR 210

2.4 Meldung von Zivilstandsereignissen an das SEM

Gemäss Art. 51 ZStV sind die Zivilstandsereignisse Geburt, Entstehung und Aufhebung von Kindesverhältnissen, Eheschliessung, eingetragene Partnerschaft und deren Umwandlungen in eine Ehe, Auflösung von Ehen und eingetragenen Partnerschaften sowie Tod nachfolgender Personenkategorien dem SEM zu melden:

- Asylsuchende (Ausweis N),
- Schutzbedürftige (Ausweis S),
- vorläufig aufgenommene Flüchtlinge (Ausweis F),
- Flüchtlinge mit Aufenthalts- oder Niederlassungsbewilligung (Ausweis B oder C),
- vorläufig Aufgenommene aus dem Asylbereich (Ausweis F) sowie
- abgewiesene Asylsuchende (Ausweis N oder kein Dokument).

Das Zivilstandsamt kommt der Meldepflicht nach, wenn vom zu meldenden Ereignis folgende vom Ereignis betroffenen Personen einer der vorgenannten ausländerrechtlichen Kategorie angehören:

- bei einer Geburt: die Mutter bzw. der Vater,
- bei einer Kindesanerkennung: der Anerkennende, die Mutter bzw. das Kind,
- bei einer Eheschliessung, bei einer Umwandlung einer eingetragenen Partnerschaft in eine Ehe oder Auflösung der Ehe: mindestens eine oder einer der Verlobten bzw. eine oder einer der Eheleute,
- bei einer Nachbeurkundung einer eingetragenen Partnerschaft und bei der Auflösung einer eingetragenen Partnerschaft: einer der Partner bzw. eine der Partnerinnen,
- bei einem Todesfall: die verstorbene Person bzw. ihre Ehegattin oder ihr Ehegatte bzw. ihr eingetragener Partner oder ihre eingetragene Partnerin.

2.5 Meldung betreffend Umgehung des Ausländerrechts und des unrechtmässigen Aufenthalts

Das für die Vorbereitung der Eheschliessung zuständige Zivilstandsamt meldet der kantonalen Ausländerbehörde am Aufenthaltsort der betroffenen Person Tatsachen, die darauf hindeuten, dass eine Umgehung der Bestimmungen über Zulassung und Aufenthalt von Ausländerinnen und Ausländern bezweckt wird (Art. 74a Abs. 7 ZStV). Im Weiteren ist die Identität der Betroffenen, die ihren rechtmässigen Aufenthalt in der Schweiz nicht nachgewiesen haben, zu melden (Art. 67 Abs. 5 ZStV).⁵

⁵ Siehe Weisungen 10.11.01.02 *Ehen und eingetragene Partnerschaften ausländischer Staatsangehöriger: Nachweis des rechtmässigen Aufenthaltes und Meldung an die Ausländerbehörden* vom 1. Januar 2011 sowie 10.07.12.01 *Umgehung des Ausländerrechts: - Verweigerung der Eheschliessung durch die Zivilstandsbeamtin oder den Zivilstandsbeamten – Beurkundung von Ungültigerklärungen – Anerkennung und Eintragung ausländischer Eheschliessungen und Partnerschaften* vom 5. Dezember 2007; beide abrufbar unter eazw.admin.ch.

2.6 Datenbekanntgabe auf Anfrage des SEM

Das SEM kann Zivilstandsdaten anfordern, die ihm nicht automatisch mitgeteilt werden, die aber für die Erfüllung seiner gesetzlichen Aufgaben unerlässlich sind (Art. 58 ZStV), z.B. eine Namensänderung oder eine Berichtigung von Zivilstandsdaten.

Dazu stellt das SEM ein schriftliches Gesuch an das Zivilstandsamt, das die Beurkundung vorgenommen hat, oder, falls ein solches fehlt, an das Amt am Wohnort der betroffenen ausländischen Person (Art. 44a ZStV). Der Antrag muss begründet sein und die entsprechende Rechtsgrundlage enthalten. Die Daten werden grundsätzlich kostenlos zur Verfügung gestellt (Art. 3 ZStGV)⁶.

2.7 Einsichtnahme in Asyl dossiers und Auskünfte des SEM

2.7.1 Einsichtnahme in Asyl dossiers

Wenn für die Aufnahme im Personenstandsregister (Infostar) oder die Entgegennahme einer Erklärung im Sinne von Art. 41 ZGB weitere Abklärungen unabdingbar sind, können die Zivilstandsbehörden beim SEM Einsicht in das Dossier der betroffenen Personen nehmen oder Kopien davon anfordern. Dabei ist darzulegen, dass die Voraussetzungen von Art. 36 Abs. 2 Bst. a DSG⁷ erfüllt sind; das heisst, dass die Zivilstandsbehörden im konkreten Fall ihre Aufgaben nur in Kenntnis dieser Daten erfüllen können. Insbesondere gilt dies, wenn die Identität oder die Ehefähigkeit der betroffenen Personen nicht klar feststehen, Zweifel in Bezug auf die vorgelegten Dokumente und die erhaltenen Erklärungen bestehen oder die einverlangten Dokumente aus objektiven Gründen nicht beschafft werden können. Entsprechende Anfragen sind unter Verwendung des Gesuchformulars *Antrag zur Einsichtnahme in das Asyl dossier* (siehe Anhang 2) an folgende Adresse zu richten:

Staatssekretariat für Migration, Quellenweg 6, 3003 Bern-Wabern

Die Einsichtnahme in das Dossier ist in jedem Stadium des Asylverfahrens und sogar nach Ablauf der Ausreisefrist möglich. Hat das SEM dem Zivilstandsamt Originaldokumente, welche durch die betroffene Person im Rahmen des Asylverfahrens vorgelegt wurden, zur Verfügung gestellt, muss das Zivilstandsamt nach Abschluss der Einsichtnahme die Originale an das SEM zurücksenden. Dies gilt auch hinsichtlich Zivilstandsdokumente. Handelt es sich diesbezüglich um Belege, welche zur Beurkundung gehören, sind beglaubigte Kopien der Originale zu den Akten zu nehmen (analog Art. 33 Abs. 2 ZStV). Die Rückgabe dieser Belege, die zur Beurkundung im Zivilstandsregister gedient haben, erfolgt gemäss Art. 31 Abs. 4 ZStV und nicht unter den Voraussetzungen von Art. 36 Abs. 2 Bst. a DSG.

2.7.2 Auskünfte zur Beschaffungsmöglichkeit von Dokumenten

Länderspezifische Anfragen von Zivilstandsämtern bezüglich der Beschaffung von Dokumenten im Ausland beantwortet die Sektion Analysen des SEM nach Massgabe der Ressourcen. Die Anfragen sind an coi@sem.admin.ch zu richten.

⁶ Verordnung vom 27. Oktober 1999 über die Gebühren im Zivilstandswesen; SR 172.042.110

⁷ Bundesgesetz vom 19. Juni 1992 über den Datenschutz; SR 235.1

3 Die asyl- und ausländerrechtlichen Status im Einzelnen

3.1 Aufenthalts- und Niederlassungsbewilligung – Ausweise B und C

3.1.1 Definition des Status

Eine Aufenthaltsbewilligung (Ausweis B) wird Ausländerinnen und Ausländern erteilt, die sich für einen bestimmten Zweck längerfristig mit oder ohne Erwerbstätigkeit in der Schweiz aufhalten dürfen (Aufenthalterinnen und Aufenthalter). Personen, denen Asyl gewährt wurde, erhalten ebenfalls eine Aufenthaltsbewilligung (Art. 60 AsylG).

Nach Ablauf der gesetzlich vorgesehenen Dauer kann Aufenthalterinnen und Aufenthaltern mit oder ohne Flüchtlingseigenschaft anstelle des Ausweises B eine Niederlassungsbewilligung (Ausweis C) erteilt werden.

Bei Flüchtlingen findet sich zwar in der Regel ein entsprechender Vermerk zur Flüchtlingseigenschaft im Ausweis B. In gewissen Konstellationen sowie im Ausweis C ist dies jedoch nicht der Fall, weshalb im Zweifelsfall im ZEMIS überprüft werden muss, ob die betroffene Person über die Flüchtlingseigenschaft verfügt.

3.1.2 Personen ohne Flüchtlingseigenschaft mit Ausweisen B oder C

Aufforderung zur Beschaffung von Dokumenten: Diese Personen dürfen aufgefordert werden, bereits vorhandene Dokumente und neue Dokumente, welche eine Kontaktaufnahme mit den heimatlichen Behörden voraussetzen, zu beschaffen.

Sicherstellungspflicht: Da für diese Personen das AsylG nicht anwendbar ist, entfällt die Sicherstellungspflicht von Dokumenten.

Überprüfung der Dokumente: Dokumente dürfen einer uneingeschränkten vertieften Überprüfung unterzogen werden.

Meldung von Zivilstandsereignissen: Gestützt auf Art. 51 Abs. 1 ZStV sind Zivilstandsereignisse ausländischer Personen dem SEM nur dann zu melden, wenn das AsylG anwendbar ist. Es erfolgt somit keine entsprechende Meldung.

3.1.3 Flüchtlinge mit Ausweisen B oder C

Aufforderung zur Beschaffung von Dokumenten: Flüchtlinge dürfen aufgefordert werden, bereits vorhandene Dokumente, welche ohne Kontakt mit den heimatlichen Behörden erhältlich gemacht werden können, zu beschaffen. Demgegenüber dürfen sie nicht aufgefordert werden, neue Dokumente, die eine Kontaktaufnahme mit den heimatlichen Behörden voraussetzen, zu beschaffen. Heimatliche Behörden gelten in Bezug auf Flüchtlinge als potentielle Verfolgerbehörden.

Sicherstellungspflicht: Bei Flüchtlingen werden gestützt auf Art. 10 Abs. 5 AsylG lediglich Pässe und Identitätsausweise des Heimatstaates sichergestellt und dem SEM übermittelt.

Überprüfung der Dokumente: Dokumente von Flüchtlingen dürfen einer vertieften Überprüfung unterzogen werden. Der Umstand der Flüchtlingseigenschaft muss jedoch aus dem Überprüfungsbegehren klar hervorgehen. Die beauftragte Schweizer Vertretung ist

anzuweisen und sodann verantwortlich, dass die vertiefte Überprüfung mit der unter diesen Umständen erforderlichen Diskretion (vgl. Ziff. 2.3.2) durchgeführt wird.

Meldung von Zivilstandsereignissen: Zivilstandsereignisse sind gemäss Art. 51 Abs. 1 ZStV vom für die Beurkundung zuständigen Zivilstandsamt dem SEM zu melden. Deshalb erfolgt für Flüchtlinge mit den Ausweisen B oder C eine Meldung (vgl. Ziff. 2.4).

3.2 Vorläufige Aufnahme – Ausweis F

3.2.1 Definition des Status

Eine vorläufige Aufnahme (Ausweis F) wird Ausländerinnen und Ausländern erteilt, wenn der Vollzug der Weg- oder Ausweisung nicht möglich, nicht zulässig oder nicht zumutbar ist (Art. 83 Abs. 1 AIG⁸). Eine vorläufige Aufnahme kann im Rahmen eines Asylverfahrens oder eines ausländerrechtlichen Verfahrens verfügt werden. Der Ausweis F für vorläufig Aufgenommene wird drei unterschiedlichen Personengruppen erteilt:

- Vorläufig aufgenommene Flüchtlinge;
- vorläufig Aufgenommene mit vorgängigem Asylverfahren aber ohne Flüchtlingseigenschaft;
- vorläufig Aufgenommene ohne vorgängiges Asylverfahren, d.h. die vorläufige Aufnahme wurde nicht im Rahmen eines Asylverfahrens erteilt.

Der Ausweis F definiert den Status dann eindeutig, wenn es sich um eine Person handelt, die vorläufig als Flüchtling aufgenommen wurde. Die Flüchtlingseigenschaft ist in diesem Fall direkt im Ausweis vermerkt.

Die Unterscheidung, ob eine vorläufig aufgenommene Person ohne Flüchtlingseigenschaft im Rahmen eines asyl- oder ausländerrechtlichen Verfahrens vorläufig aufgenommen wurde, ist im ZEMIS ersichtlich (vgl. Anhang 4). Dies ist jedoch ausschliesslich für die Sicherstellung von Dokumenten nach Art. 10 AsylG wesentlich.

Die unterschiedlichen ausländerrechtlichen Regelungen (z.B. Befristung des Ausweises) sind für das Zivilstandswesen nicht relevant.

3.2.2 Vorläufig aufgenommene Flüchtlinge (Ausweis F)

Vorläufig aufgenommene Flüchtlinge erfüllen auch die Flüchtlingseigenschaft und unterliegen aus Sicht des Zivilstandswesens den gleichen Regeln wie Flüchtlinge mit Aufenthalts- oder Niederlassungsbewilligung (Ziff. 3.1.3):

Aufforderung zur Beschaffung von Dokumenten: Vorläufig aufgenommene Flüchtlinge dürfen aufgefordert werden, bereits vorhandene Dokumente, die ohne Kontakt mit den heimatlichen Behörden erhältlich gemacht werden können, zu beschaffen. Demgegenüber dürfen sie nicht aufgefordert werden neue Dokumente, welche eine Kontaktaufnahme mit den heimatlichen Behörden voraussetzen, zu beschaffen. Heimatliche Behörden gelten in Bezug auf vorläufig aufgenommene Flüchtlinge als potentielle Verfolgerbehörden.

⁸ Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer und über die Integration vom 16. Dezember 2005 (Ausländer- und Integrationsgesetz, AIG); SR 142.20

Sicherstellungspflicht: Bei vorläufig aufgenommenen Flüchtlingen werden gestützt auf Art. 10 Abs. 5 AsylG lediglich Pässe und Identitätsausweise des Heimatstaates sichergestellt und dem SEM übermittelt.

Überprüfung der Dokumente: Dokumente von vorläufig aufgenommenen Flüchtlingen dürfen einer vertieften Überprüfung unterzogen werden. Der Umstand der Flüchtlingseigenschaft muss jedoch aus dem Überprüfungsbegehren klar hervorgehen. Die beauftragte Schweizer Vertretung ist anzuweisen und sodann verantwortlich, dass die vertiefte Überprüfung mit der unter diesen Umständen erforderlichen Diskretion (s. Ziff. 2.3.2) durchgeführt wird.

Meldung von Zivilstandsereignissen: Zivilstandsereignisse sind gemäss Art. 51 Abs. 1 ZStV vom für die Beurkundung zuständigen Zivilstandsamt dem SEM zu melden. Deshalb erfolgt für vorläufig aufgenommene Flüchtlinge eine Meldung (vgl. Ziff. 2.4).

3.2.3 Vorläufig Aufgenommene ohne Flüchtlingseigenschaft (Ausweis F)

Aufforderung zur Beschaffung von Dokumenten: Diese Personen dürfen aufgefordert werden, bereits vorhandene Dokumente und neue Dokumente, welche eine Kontaktaufnahme mit den heimatlichen Behörden voraussetzen, zu beschaffen.

Sicherstellungspflicht: Bei vorläufig Aufgenommenen ohne Flüchtlingseigenschaft ist im ZEMIS zu prüfen, ob die vorläufige Aufnahme im Rahmen eines asyl- oder eines ausländerrechtlichen Verfahrens verfügt wurde (vgl. Anhang 4):

- *Mit vorgängigem Asylverfahren:* Gemäss Art. 10 Abs. 2 AsylG ist jede Behörde und Verwaltungsdienststelle verpflichtet, Reisepapiere, Identitätsausweise oder andere Dokumente, welche auf die Identität einer Person, die in der Schweiz ein Asylgesuch gestellt hat, Hinweise geben können, sicherzustellen und an das SEM zu übermitteln. Somit sind bei vorläufig Aufgenommenen mit vorgängigem Asylverfahren aber ohne Flüchtlingseigenschaft sämtliche dieser Dokumente sicherzustellen und dem SEM zu übermitteln.
- *Ohne vorgängiges Asylverfahren:* Da für diese Personen das AsylG nicht anwendbar ist, entfällt die Sicherstellungspflicht von Dokumenten.

Überprüfung der Dokumente: Dokumente von diesen Personen dürfen einer uneingeschränkten vertieften Überprüfung unterzogen werden.

Meldung von Zivilstandsereignissen: Zivilstandsereignisse sind gemäss Art. 51 Abs. 1 ZStV vom für die Beurkundung zuständigen Zivilstandsamt dem SEM zu melden. Deshalb erfolgt für vorläufig Aufgenommene mit vorgängigem Asylverfahren eine Meldung (vgl. Ziff. 2.4).

3.3 Asylsuchende und abgewiesene Asylsuchende – Ausweis N

3.3.1 Definition des Status

Der Ausweis N kann sowohl von Asylsuchenden als auch von abgewiesenen Asylsuchenden, die sich innerhalb der Ausreisefrist in der Schweiz aufhalten dürfen, vorgelegt werden.

Diese Tatsache ergibt sich nicht aus dem Ausweis, ist aber für die Zivilstandsbehörden relevant, da bei Asylsuchenden die Frage nach der Flüchtlingseigenschaft noch offen ist, während bei rechtskräftig abgewiesenen Asylsuchenden, die sich bis Ablauf der Ausreisefrist in der Schweiz aufhalten dürfen, diese Frage negativ zu beantworten ist. Es muss deshalb im

ZEMIS geprüft werden, ob das Asylverfahren noch hängig ist oder ob ein rechtskräftiger negativer Entscheid vorliegt.

Nach Ablauf der Ausreisefrist haben rechtskräftig abgewiesene Asylsuchende in der Regel keinen Ausweis mehr.

3.3.2 Asylsuchende (Ausweis N)

Aufforderung zur Beschaffung von Dokumenten: Asylsuchende dürfen aufgefordert werden, bereits vorhandene Dokumente, die ohne Kontakt mit den heimatlichen Behörden erhältlich gemacht werden können, zu beschaffen. Demgegenüber dürfen sie nicht aufgefordert werden, neue Dokumente, welche eine Kontaktaufnahme mit den heimatlichen Behörden voraussetzen, zu beschaffen. Heimatliche Behörden gelten für Asylsuchende als potentielle Verfolgerbehörden.

Sicherstellungspflicht: Gemäss Art. 10 Abs. 2 AsylG ist jede Behörde und Verwaltungsdienststelle verpflichtet, Reisepapiere, Identitätsausweise oder andere Dokumente, welche Hinweise auf die Identität einer Person geben können, die in der Schweiz ein Asylgesuch gestellt hat, sicherzustellen und an das SEM zu übermitteln. Somit sind bei Asylsuchenden sämtliche dieser Dokumente sicherzustellen und dem SEM zu übermitteln.

Überprüfung der Dokumente: Dokumente von Asylsuchenden dürfen einer vertieften Überprüfung unterzogen werden. Aus dem Überprüfungsbegehren muss jedoch klar hervorgehen, dass es sich um Dokumente einer asylsuchenden Person handelt. Die beauftragte Schweizer Vertretung ist anzuweisen und sodann verantwortlich, dass die vertiefte Überprüfung mit der unter diesen Umständen erforderlichen Diskretion (s. Ziff. 2.3.2) durchgeführt wird.

Meldung von Zivilstandsereignissen: Zivilstandsereignisse sind gemäss Art. 51 Abs. 1 ZStV vom für die Beurkundung zuständigen Zivilstandsamt dem SEM zu melden. Deshalb erfolgt für Asylsuchende eine Meldung (vgl. Ziff. 2.4).

3.3.3 Rechtskräftig abgewiesene Asylsuchende (mit oder ohne Ausweis N)

Für rechtskräftig abgewiesene Asylsuchende gelten aus Sicht der Zivilstandsbehörden dieselben Regeln, unabhängig davon, ob die Ausreisefrist abgelaufen ist oder nicht. Ob rechtskräftig abgewiesene Asylsuchende einen Ausweis N vorlegen oder nicht, ist für das Zivilstandswesen deshalb nicht relevant.

Aufforderung zur Beschaffung von Dokumenten: Rechtskräftig abgewiesene Asylsuchende dürfen aufgefordert werden, bereits vorhandene Dokumente und neue Dokumente, die eine Kontaktaufnahme mit den heimatlichen Behörden voraussetzen, zu beschaffen.

Sicherstellungspflicht: Gemäss Art. 10 Abs. 2 AsylG ist jede Behörde und Verwaltungsdienststelle verpflichtet, Reisepapiere, Identitätsausweise oder andere Dokumente, welche Hinweise auf die Identität einer Person geben können, die in der Schweiz ein Asylgesuch gestellt hat, sicherzustellen und an das SEM zu übermitteln. Somit sind bei abgewiesenen Asylsuchenden sämtliche dieser Dokumente sicherzustellen und dem SEM zu übermitteln.

Überprüfung der Dokumente: Dokumente von rechtskräftig abgewiesenen Asylsuchenden dürfen einer uneingeschränkten vertieften Überprüfung unterzogen werden.

Meldung von Zivilstandsereignissen: Zivilstandsereignisse sind gemäss Art. 51 Abs. 1 ZStV vom für die Beurkundung zuständigen Zivilstandsamt dem SEM zu melden. Deshalb erfolgt für abgewiesene Asylsuchende eine Meldung (vgl. Ziff. 2.4).

3.4 Schutzbedürftige – Ausweis S

3.4.1 Definition des Status

Die Schweiz kann Schutzbedürftigen für die Dauer einer schweren allgemeinen Gefährdung vorübergehenden Schutz gewähren (Art. 4 AsylG). Der Status einer schutzbedürftigen Person ergibt sich eindeutig aus dem Ausweis S.

3.4.2 Schutzbedürftige (Ausweis S)

Aufforderung zur Beschaffung von Dokumenten: Schutzbedürftige dürfen aufgefordert werden, bereits vorhandene Dokumente, welche ohne Kontakt mit den heimatlichen Behörden erhältlich gemacht werden können, zu beschaffen. Demgegenüber dürfen sie nicht aufgefordert werden, neue Dokumente, welche eine Kontaktaufnahme mit den heimatlichen Behörden voraussetzen, zu beschaffen. Heimatliche Behörden gelten für Schutzbedürftige als potentielle Verfolgerbehörden.

Sicherstellungspflicht: Gemäss Art. 10 Abs. 2 AsylG ist jede Behörde und Verwaltungsdienststelle verpflichtet, Reisepapiere, Identitätsausweise oder andere Dokumente, welche Hinweise auf die Identität einer Person geben können, die in der Schweiz ein Asylgesuch gestellt hat, sicherzustellen und an das SEM zu übermitteln. Somit sind bei Schutzbedürftigen sämtliche dieser Dokumente sicherzustellen und dem SEM zu übermitteln.

Reisepapiere, Identitätsausweise oder andere Dokumente, welche auf die Identität einer *Person aus der Ukraine*, die in der Schweiz ein Asylgesuch gestellt hat, Hinweise geben können, sind nicht im Original sicherzustellen. Bei schutzbedürftige Personen aus der Ukraine sind die Dokumente *zu kopieren* und dem SEM zu übermitteln. Den schutzbedürftigen Personen aus der Ukraine ist es erlaubt zu reisen, weshalb die Dokumente nicht im Original sicherzustellen sind.

Bei Aufnahme in das Personenstandsregister von Personen aus der Ukraine im Hinblick auf ein in der Schweiz zu beurkundendes Zivilstandsereignis oder auf eine in der Schweiz zu beurkundende Zivilstandserklärung gelten die vorgelegten Urkunden im Original als Beleg und sind entsprechend zu archivieren. Dokumente aus den Belegen können von den Zivilstandsämtern den Berechtigten zurückgegeben werden und sind durch beglaubigte Kopien zu ersetzen (Art. 33 Abs. 2 ZStV). Zivilstandsdokumente von Personen aus der Ukraine sind nicht sicherzustellen und sind ebenfalls zu kopieren und dem SEM zu übermitteln.

Überprüfung der Dokumente: Dokumente von Schutzbedürftigen dürfen einer vertieften Überprüfung unterzogen werden. Da die Frage der Flüchtlingseigenschaft nicht geklärt ist, müssen Kontakte mit den potentiellen Verfolgerbehörden vermieden werden. Aus dem Überprüfungsbegehren muss deshalb klar hervorgehen, dass es sich um Dokumente einer schutzbedürftigen Person handelt. Die beauftragte Schweizer Vertretung ist anzuweisen und sodann verantwortlich, dass die vertiefte Überprüfung mit der unter diesen Umständen erforderlichen Diskretion (s. Ziff. 2.3.2) durchgeführt wird.

Meldung von Zivilstandsereignissen: Zivilstandsereignisse sind gemäss Art. 51 Abs. 1 ZStV vom für die Beurkundung zuständigen Zivilstandsamt dem SEM zu melden. Deshalb erfolgt für Schutzbedürftige mit dem Ausweis S eine Meldung (vgl. Ziff. 2.4).

3.5 Bestätigungsschreiben der Migrationsämter

Bestätigungsschreiben der Migrationsämter, wonach der rechtskräftige Wegweisungsentscheid derzeit nicht vollzogen wird («Duldung»), sind formell im AIG nicht vorgesehen. Sie werden in der Praxis aber teilweise von den kantonalen Migrationsämtern ausgestellt. Legt eine Person ein solches Schreiben vor, ist die ausstellende Behörde um Auskunft über das weitere Vorgehen zu ersuchen.

4 Inkrafttreten

Die vorliegende Weisung tritt sofort in Kraft. Das Kreisschreiben EAZW Nr. 04-08-01 vom 4. August 2004 «Modalitäten der Zusammenarbeit zwischen den Zivilstandsbehörden und den Asylbehörden» wird aufgehoben.

Eidgenössisches Amt für das Zivilstandswesen EAZW

David Rüetschi

Anhänge:

- Anhang 1: Formular *Bestätigung der Sicherstellung von Dokumenten*
- Anhang 2: Formular *Antrag zur Einsichtnahme in das Asylossier*
- Anhang 3: Übersicht Aufenthaltsstatus von Ausländerinnen und Ausländern für die Zivilstandsbehörden
- Anhang 4: Übersichtsraster asyl- und ausländerrechtlicher Status



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Département fédéral de justice et police DFJP

Office fédéral de la justice OFJ
Domaine de direction Droit privé
Office fédéral de l'état civil OFEC

Directive OFEC

no 10.19.03.01 du 1^{er} mars 2019 (Etat : 1^{er} février 2026)

**Collaboration entre
les autorités de l'état civil et
le Secrétariat d'État aux migrations (SEM)**

Collaboration dans le domaine de l'asile et des étrangers

Directives édictées par l'Office fédéral de l'état civil
en vertu de l'art. 84, al. 3, de l'ordonnance sur l'état civil (OEC)

Table des matières

1	Introduction	3
2	Aperçu des tâches, bases juridiques et collaboration avec le SEM	3
2.1	Obligation de se procurer des documents	3
2.2	Saisie de documents	4
2.3	Transmission de documents saisis	4
2.3.1	Modalités de la transmission	4
2.3.2	Vérification de documents par les autorités de l'état civil	5
2.3.3	Procédure en cas de soupçon d'infraction pénale	5
2.4	Communication de faits d'état civil au SEM	6
2.5	Communication concernant les cas d'abus liés à la législation sur les étrangers et les cas de séjour illégal	6
2.6	Divulgence des données sur demande du SEM	7
2.7	Consultation des dossiers d'asile et renseignements du SEM	7
2.7.1	Consultation des dossiers d'asile	7
2.7.2	Renseignements au sujet des possibilités d'obtention de documents	7
3	Statuts en matière de droit d'asile et des étrangers	8
3.1	Autorisations de séjour et d'établissement – livrets B et C	8
3.1.1	Définition du statut	8
3.1.2	Personnes sans qualité de réfugié avec livret B ou C	8
3.1.3	Réfugiés avec livret B ou C	8
3.2	Admission provisoire – livret F	9
3.2.1	Définition du statut	9
3.2.2	Réfugiés admis provisoirement (livret F)	9
3.2.3	Personnes admises provisoirement sans qualité de réfugié (livret F)	10
3.3	Requérants d'asile et requérants d'asile déboutés – livret N	11
3.3.1	Définition du statut	11
3.3.2	Requérants d'asile (livret N)	11
3.3.3	Requérants d'asile déboutés définitivement (avec ou sans livret N)	11
3.4	Personnes à protéger – livret S	12
3.4.1	Définition du statut	12
3.4.2	Personnes à protéger (livret S)	12
3.5	Écrits de confirmation des services des migrations	13
4	Entrée en vigueur	13

1 Introduction

Les autorités suisses de l'état civil connaissent, dans le cadre de l'enregistrement des faits d'état civil de ressortissants étrangers et de la saisie des ressortissants étrangers dans le registre de l'état civil, des points de convergence avec les services suisses des migrations. Cela concerne en particulier les domaines suivants :

- obligation aux ressortissants étrangers de se procurer des documents,
- saisie, vérification et transmission de documents,
- communication de faits d'état civil et d'abus liés à la législation sur les étrangers,
- consultation des dossiers d'asile et obtention de renseignements auprès des services des migrations.

Les obligations et attributions des autorités de l'état civil dans ces domaines sont dépendantes du statut en matière de droit de l'asile et des étrangers de la personne concernée. Les autorités de l'état civil vérifient pour cette raison dans un premier temps le livret pour étrangers présenté (livrets B, C, F, N et S). En cas d'impossibilité de déterminer de manière suffisamment précise le statut au moyen du livret pour étrangers, elles peuvent procéder à des éclaircissements en interrogeant le système d'information central sur la migration (SYMIC) ou demander une confirmation du statut en matière de droit des étrangers aux services des migrations. La détermination du statut ainsi que les obligations et attributions des autorités de l'état civil qui y sont liées sont présentées pour chaque livret pour étrangers au ch. 3.

Les annexes 3 et 4 contiennent, à titre complémentaire, un tableau synoptique des attributions et obligations des autorités de l'état civil concernant l'obtention et la saisie des documents dans les rapports avec des ressortissants étrangers ainsi qu'un bref descriptif des différents statuts en matière de droit de l'asile et des étrangers des personnes concernées.

2 Aperçu des tâches, bases juridiques et collaboration avec le SEM

2.1 Obligation de se procurer des documents

En vertu de l'art. 15a, al. 2, OEC¹ en relation avec l'art. 16, al. 2, OEC, les ressortissants étrangers doivent produire les pièces requises pour leur saisie dans le registre de l'état civil (en particulier les documents relatifs à l'identité, à la naissance, au sexe, au nom, à la filiation, à l'état civil, à la nationalité).

À cet effet, les autorités de l'état civil sont en droit d'exiger des ressortissants étrangers se trouvant en Suisse qu'ils se procurent des documents provenant de leur pays d'origine ou délivrés par des États tiers qui peuvent en principe être exigés.

L'obligation de se procurer les documents manquants en prenant contact avec les autorités du pays d'origine est licite s'il n'en résulte pas de danger pour les personnes concernées (étrangers sans qualité de réfugié).

¹ Ordonnance du 28 avril 2004 sur l'état civil ; RS 211.112.2

Il n'est en revanche pas permis d'enjoindre à des ressortissants étrangers de se procurer des documents moyennant des contacts avec les autorités de leur pays d'origine si celles-ci sont leurs persécuteurs potentiels. Dans ce cas, les intérêts de protection des demandeurs d'asile dont la procédure est en cours, des personnes ayant besoin de protection ou des réfugiés sont prédominants.

2.2 Saisie de documents

La saisie de documents provenant du pays d'origine ou délivrés par des États tiers, qui sont susceptibles de fournir des indications sur l'identité d'une personne étrangère issue du domaine de l'asile, est réglée dans la loi sur l'asile².

En vertu de l'art. 10, al. 2, LAsi en relation avec l'art. 2b OA 1³, les autorités et les services administratifs sont tenus de saisir et de transmettre au Secrétariat d'État aux migrations (SEM) les documents de voyage, les pièces d'identité ou tout autre document étranger pouvant fournir des renseignements sur l'identité d'une personne ayant déposé une demande d'asile en Suisse.

Font notamment partie des autres documents pouvant renseigner sur l'identité d'une personne les documents d'état civil, les justificatifs de liens familiaux, les actes de baptême, les justificatifs de nationalité, les cartes de réfugiés, les permis de conduire et les cartes d'identité militaires (art. 2b, al. 2, OA 1).

Dans le cas des personnes qui remplissent cependant le critère de la qualité de réfugié, la saisie se limite aux passeports et pièces d'identité qui ont été établis à l'intention des réfugiés par leur pays d'origine (art. 10, al. 5, LAsi).

2.3 Transmission de documents saisis

2.3.1 Modalités de la transmission

Les autorités de l'état civil saisissent les documents permettant d'identifier une personne et en transmettent immédiatement les originaux au SEM afin d'accélérer la procédure d'asile (art. 2b, al. 1, OA 1). Sont réservées une éventuelle vérification des documents quant à leur authenticité ou leur transmission aux autorités de poursuite pénale en cas de soupçon d'infraction pénale (cf. ch. 2.3.2 et 2.3.3). Dans ces cas, elles doivent immédiatement transmettre au SEM une copie du document correspondant et ne lui remettre les originaux qu'après la clôture des formalités. Elles doivent aussi transmettre les documents saisis qui ne sont pas enregistrés dans le registre de l'état civil, par exemple à la suite du retrait d'une demande en vue du mariage.

Les originaux des documents saisis sont à remettre au SEM et sont conservés par cette autorité (art. 31, al. 4, OEC). L'office de l'état civil établit, par analogie avec l'art. 33, al. 2, OEC, des copies certifiées conformes à l'original des documents qui sont considérées comme des pièces justificatives pour l'enregistrement. L'office de l'état civil transmet ensuite à la personne concernée le formulaire de confirmation de la saisie de documents (voir annexe 1).

² Loi du 26 juin 1998 sur l'asile ; RS 142.31

³ Ordonnance 1 du 11 août 1999 sur l'asile relative à la procédure ; RS 142.311

Si les autorités de l'état civil ont ultérieurement besoin des originaux, le SEM met ceux-ci à leur disposition sur demande pour consultation temporaire (art. 31, al. 4, dernière phrase, OEC).

2.3.2 Vérification de documents par les autorités de l'état civil

La vérification de documents par les autorités de l'état civil, ou l'attribution d'un mandat correspondant à la représentation suisse compétente, s'effectue selon l'art. 5, al. 1, let. g, OEC, ainsi que les directives de l'OFEC dans ce domaine.

En cas de nécessité, il est permis d'ordonner une vérification approfondie des documents de tout ressortissant étranger. Mais, de manière analogue à l'injonction de se procurer des documents provenant du pays d'origine, il faut tenir compte de la situation en matière de droit de séjour des réfugiés, des personnes à protéger et des requérants d'asile (personnes dont la qualité de réfugié n'est pas encore déterminée). Dans le cas de ces personnes, l'autorité de l'état civil qui attribue le mandat doit demander à la représentation suisse à l'étranger de procéder à la vérification approfondie avec la discrétion de mise (vérification discrète, c'est-à-dire indication à l'attention de l'ambassade de la qualité de réfugié, du besoin de protection ou de la procédure d'asile pendante qui interdisent d'entrer en contact avec les autorités du pays d'origine).

Pour procéder à la vérification approfondie, la représentation suisse compétente a besoin des documents originaux. Pour cette raison, leur transmission immédiate au SEM conformément à l'art. 2b, al. 1, OA 1 est ajournée. L'autorité de l'état civil remet en lieu de cela immédiatement au SEM une copie des documents correspondants et indique dans quel délai les documents originaux lui seront selon toute vraisemblance transmis.

Au terme de la vérification, l'autorité de l'état civil transmet au SEM les documents originaux et lui communique le résultat de la vérification (cf. également art. 10, al. 3, LAsi). Le résultat est toujours communiqué au SEM par l'autorité de l'état civil qui a ordonné la vérification. L'Unité Infostar de l'Office fédéral de la justice (UIS) n'intervient pas.

2.3.3 Procédure en cas de soupçon d'infraction pénale

Les autorités de l'état civil sont tenues de dénoncer aux autorités cantonales de poursuite pénale les infractions pénales qu'elle constate dans l'exercice de leurs fonctions (art. 43a, al. 3^{bis} CC⁴ et art. 16, al. 7, OEC).

Les autorités de l'état civil joignent à la dénonciation pénale les documents à l'égard desquels il existe un doute fondé qu'ils ont été falsifiés ou utilisés illégalement.

L'autorité de l'état civil dénonciatrice transmet dans ce cas au SEM une copie de la dénonciation pénale et du document en question. Dès que l'autorité de poursuite pénale a rendu ses conclusions, celles-ci et le document original retenu sont également transmis au SEM.

⁴ Code civil suisse ; RS 210

2.4 Communication de faits d'état civil au SEM

En vertu de l'art. 51 OEC, les faits d'état civil que sont les naissances, l'établissement et la rupture de liens de filiation, les mariages, les partenariats enregistrés et leur conversion en mariage, les dissolutions de mariages et de partenariats enregistrés, ainsi que les décès doivent être communiqués au SEM concernant les catégories de personnes suivantes :

- requérants d'asile (livret N),
- personnes à protéger (livret S),
- réfugiés admis provisoirement (livret F),
- réfugiés disposant d'une autorisation de séjour ou d'établissement (livret B ou C),
- personnes admises provisoirement issues du domaine de l'asile (livret F),
- requérants d'asile déboutés (livret N ou aucun document).

L'office de l'état civil procède à la communication si l'une des personnes suivantes concernées par le fait d'état civil à communiquer appartient aux catégories d'étrangers précitées :

- en cas de naissance : le père ou la mère,
- en cas de reconnaissance d'un enfant : l'auteur de la reconnaissance, la mère ou l'enfant,
- en cas de mariage, de conversion d'un partenariat en mariage ou dissolution du mariage : l'un des époux / épouse ou ex-époux / ex-épouse,
- en cas de transcription du partenariat enregistré conclu à l'étranger ou de dissolution du partenariat en Suisse ou à l'étranger : l'un des partenaires ou ex-partenaires,
- en cas de décès : le défunt ou son conjoint/ son partenaire enregistré.

2.5 Communication concernant les cas d'abus liés à la législation sur les étrangers et les cas de séjour illégal

L'office de l'état civil compétent pour la préparation du mariage communique à l'autorité cantonale compétente en matière d'étrangers du lieu de séjour de la personne concernée les faits indiquant que le mariage est prévu ou a été conclu dans le but de contourner les dispositions sur l'admission et le séjour des étrangers (art. 74a, al. 7, OEC). De plus, il doit lui communiquer l'identité des personnes concernées qui n'ont pas établi la légalité de leur séjour en Suisse (art. 67, al. 5, OEC⁵).

⁵ Voir les directives 10.11.01.02 du 1^{er} janvier 2011 « *Mariages et partenariats de ressortissants étrangers : preuve de la légalité du séjour et annonce aux autorités migratoires* » du 1^{er} janvier 2011 et no 10.07.12.01 « *Abus lié à la législation sur les étrangers : - Refus de célébrer de l'officier de l'état civil – Inscription des jugements d'annulation – Reconnaissance et transcription d'unions étrangères* » du 5 décembre 2007, toutes deux consultables sous www.ofec.admin.ch.

2.6 Divulgence des données sur demande du SEM

Le SEM peut demander les données d'état civil qui ne lui sont pas automatiquement communiquées, mais qui sont indispensables à l'accomplissement de ses tâches légales (art. 58 OEC), par exemple un changement de nom ou une rectification de données d'état civil.

Il adresse pour cela une demande écrite à l'office de l'état civil qui a procédé à l'enregistrement ou, à défaut, à l'office du lieu de domicile du ressortissant étranger (art. 44a OEC). La demande doit être motivée et comporter la mention de la base légale correspondante. Les données sont en principe fournies gratuitement (art. 3 OEEC)⁶.

2.7 Consultation des dossiers d'asile et renseignements du SEM

2.7.1 Consultation des dossiers d'asile

Lorsqu'un complément d'information est indispensable à la saisie dans le registre de l'état civil (Infostar) ou à la réception d'une déclaration au sens de l'art. 41 CC, les autorités de l'état civil peuvent consulter le dossier de la personne concernée auprès du SEM ou s'en faire délivrer des copies. Il y a cependant lieu de démontrer que les conditions de l'art. 36, al. 2, let. a, LPD⁷ sont remplies, c'est-à-dire qu'il n'est pas possible en l'espèce de réaliser les tâches de l'état civil sans connaître ces données. Ce sera en particulier le cas lorsque l'identité ou la capacité matrimoniale des personnes concernées n'est pas clairement établie, qu'il existe des doutes quant aux documents remis et aux déclarations reçues ou que la remise des documents exigés est objectivement impossible. Les requêtes en ce sens doivent être envoyées à l'adresse suivante au moyen du formulaire « *Demande de consultation du dossier d'asile* » (voir annexe 2) :

Secrétariat d'État aux migrations, Quellenweg 6, 3003 Berne-Wabern

La consultation du dossier peut intervenir à tous les stades de la procédure d'asile, même après l'écoulement du délai pour quitter la Suisse. Si le SEM a mis à la disposition de l'office de l'état civil des documents originaux qui ont été produits par la personne concernée dans le cadre de la procédure d'asile, l'office de l'état civil doit lui retourner les originaux au terme de leur consultation. Cela vaut aussi pour les documents d'état civil. S'il s'agit à ce propos de pièces justificatives qui servent à l'enregistrement, il faut verser au dossier des copies certifiées conformes à l'original (par analogie avec l'art. 33, al. 2, OEC). La restitution de ces pièces justificatives qui ont servi à l'enregistrement à l'état civil se fait conformément à l'art. 31, al. 4, OEC et non aux conditions de l'art. 36, al. 2, let. a, LPD.

2.7.2 Renseignements au sujet des possibilités d'obtention de documents

La section Analyses du SEM répond dans la mesure des ressources disponibles aux demandes de renseignements spécifiques à des pays que lui adressent les offices de l'état civil concernant l'obtention de documents à l'étranger. Les demandes sont à envoyer à l'adresse coi@sem.admin.ch.

⁶ Ordonnance du 27 octobre 1999 sur les émoluments en matière d'état civil ; RS 172.042.110

⁷ Loi fédérale du 25 septembre 2020 sur la protection des données ; RS 235.1

3 Statuts en matière de droit d'asile et des étrangers

3.1 Autorisations de séjour et d'établissement – livrets B et C

3.1.1 Définition du statut

Une autorisation de séjour (livret B) est octroyée aux étrangers qui ont le droit de séjourner durablement en Suisse dans un but précis, exerçant ou non une activité lucrative. Les personnes qui ont obtenu l'asile en Suisse reçoivent également une autorisation de séjour (art. 60 LAsi).

Après l'expiration de la durée prévue par la loi, il est possible d'octroyer aux titulaires d'une autorisation de séjour ayant ou non la qualité de réfugié une autorisation d'établissement (livret C) à la place de l'autorisation de séjour.

Dans le cas des réfugiés, une remarque relativement à la qualité de réfugié figure généralement dans le livret B. Tel n'est cependant pas le cas dans certaines circonstances de même que dans le livret C, raison pour laquelle il faut en cas de doute vérifier dans le SYMIC si la personne concernée a la qualité de réfugié.

3.1.2 Personnes sans qualité de réfugié avec livret B ou C

Injonction de se procurer des documents : il est permis d'enjoindre à ces personnes de se procurer des documents existants ou de nouveaux documents qui présupposent qu'elles entrent en contact avec les autorités de leur pays d'origine.

Obligation de saisie : comme la LAsi ne s'applique pas à ces personnes, il n'y a pas d'obligation de saisie de documents.

Vérification des documents : il est permis de soumettre les documents à une vérification approfondie sans restriction.

Communication de faits d'état civil : en vertu de l'art. 51, al. 1, OEC, les faits d'état civil se rapportant à des ressortissants étrangers ne sont à communiquer au SEM que si la LAsi s'applique. Ils ne doivent donc pas être communiqués dans le cas des personnes sans qualité de réfugié.

3.1.3 Réfugiés avec livret B ou C

Injonction de se procurer des documents : il est permis d'enjoindre aux réfugiés de se procurer des documents existants qui peuvent être obtenus sans qu'il leur soit nécessaire d'entrer en contact avec les autorités de leur pays d'origine. Il n'est cependant pas permis de leur demander de se procurer de nouveaux documents qui présupposent qu'ils entrent en contact avec les autorités de leur pays d'origine. Ces dernières sont considérées comme des persécuteurs potentiels par rapport aux réfugiés.

Obligation de saisie : dans le cas des réfugiés, seuls les passeports et les pièces d'identité établis par le pays d'origine sont saisis et transmis au SEM en vertu de l'art. 10, al. 5, LAsi.

Vérification des documents : il est permis de soumettre les documents de réfugiés à une vérification approfondie. La qualité de réfugié doit cependant ressortir clairement de la demande de vérification. La représentation suisse mandatée doit être instruite du fait que la vérification approfondie est à mener avec la discrétion de mise dans ces circonstances et en est donc responsable (cf. ch. 2.3.2).

Communication de faits d'état civil : en vertu de l'art. 51, al. 1, OEC, l'office de l'état civil compétent pour enregistrer les données de l'état civil est tenu de communiquer les faits d'état civil au SEM. Ils doivent donc être communiqués dans le cas des réfugiés titulaires de livrets B ou C (cf. ch. 2.4).

3.2 Admission provisoire – livret F

3.2.1 Définition du statut

Une admission provisoire (livret F) est accordée à des étrangers si l'exécution du renvoi ou de l'expulsion n'est pas possible, n'est pas licite ou ne peut être raisonnablement exigée (art. 83, al. 1, LEI⁸). Une admission provisoire peut être décidée dans le cas d'une procédure d'asile ou d'une procédure relevant du droit des étrangers. Le livret F pour personnes admises provisoirement est accordé à trois groupes de personnes distincts :

- réfugiés admis provisoirement ;
- personnes admises provisoirement qui ont fait l'objet d'une procédure d'asile antérieure mais qui n'ont pas la qualité de réfugié ;
- personnes admises provisoirement qui n'ont pas fait l'objet d'une procédure d'asile antérieure, c'est-à-dire que l'admission provisoire n'a pas été accordée dans le cadre d'une procédure d'asile.

Le livret F définit clairement le statut quand il s'agit d'une personne qui a été admise provisoirement comme réfugié. La qualité de réfugié est dans ce cas mentionnée directement dans le livret.

La distinction de savoir si une personne admise provisoirement sans qualité de réfugié l'a été dans le cadre d'une procédure relevant du droit de l'asile ou d'une procédure relevant du droit des étrangers apparaît dans le SYMIC (cf. annexe 4). Ce point importe cependant exclusivement pour la saisie de documents au sens de l'art. 10 LAsi.

Les différentes réglementations relevant du droit des étrangers (p. ex. limitation de la durée de validité du livret) ne présentent pas de pertinence pour l'état civil.

3.2.2 Réfugiés admis provisoirement (livret F)

Les réfugiés admis provisoirement remplissent le critère de la qualité de réfugié et sont, du point de vue de l'état civil, soumis aux mêmes règles que les réfugiés disposant d'une autorisation de séjour ou d'établissement (ch. 3.1.3) :

⁸ Loi fédérale du 16 décembre 2005 sur les étrangers et l'intégration ; RS 142.20

Injonction de se procurer des documents : il est permis d'enjoindre aux réfugiés admis provisoirement de se procurer des documents existants qui peuvent être obtenus sans qu'il leur soit nécessaire d'entrer en contact avec les autorités de leur pays d'origine. Il n'est en revanche pas permis de leur demander de se procurer de nouveaux documents qui présupposent qu'ils entrent en contact avec les autorités de leur pays d'origine. Ces dernières sont considérées comme des persécuteurs potentiels par rapport aux réfugiés admis provisoirement.

Obligation de saisie : dans le cas des réfugiés admis provisoirement, seuls les passeports et les pièces d'identité établis par le pays d'origine sont saisis et transmis au SEM en vertu de l'art. 10, al. 5, LAsi.

Vérification des documents : il est permis de soumettre les documents de réfugiés admis provisoirement à une vérification approfondie. La qualité de réfugié doit cependant ressortir clairement de la demande de vérification. La représentation suisse mandatée doit être instruite du fait que la vérification approfondie est à mener avec la discrétion de mise dans ces circonstances et en est donc responsable (cf. ch. 2.3.2).

Communication de faits d'état civil : en vertu de l'art. 51, al. 1, OEC, l'office de l'état civil compétent pour enregistrer les données de l'état civil est tenu de communiquer les faits d'état civil au SEM. Ils doivent donc être communiqués dans le cas des réfugiés admis provisoirement (cf. ch. 2.4).

3.2.3 Personnes admises provisoirement sans qualité de réfugié (livret F)

Injonction de se procurer des documents : il est permis d'enjoindre à ces personnes de se procurer des documents existants et de nouveaux documents qui supposent d'entrer en contact avec les autorités du pays d'origine.

Obligation de saisie : dans le cas des personnes admises provisoirement sans qualité de réfugié, il faut vérifier dans le SYMIC si l'admission provisoire a été décidée dans le cadre d'une procédure relevant du droit de l'asile ou d'une procédure relevant du droit des étrangers (cf. annexe 4) :

- *Avec procédure d'asile antérieure* : en vertu de l'art. 10, al. 2, LAsi, les autorités et les services administratifs sont tenus de saisir et de transmettre au SEM les documents de voyage, les pièces d'identité ou tout autre document pouvant fournir des renseignements sur l'identité d'une personne ayant déposé une demande d'asile en Suisse. Ainsi, il faut saisir et transmettre au SEM l'intégralité de ces documents dans le cas de personnes admises provisoirement qui ont fait l'objet d'une procédure d'asile antérieure mais qui n'ont pas la qualité de réfugié.
- *Sans procédure d'asile antérieure* : comme la LAsi ne s'applique pas à ces personnes, il n'y a pas d'obligation de saisir leurs documents.

Vérification des documents : il est permis de soumettre les documents de ces personnes à une vérification approfondie sans restriction.

Communication de faits d'état civil : en vertu de l'art. 51, al. 1, OEC, l'office de l'état civil compétent pour enregistrer les données de l'état civil est tenu de communiquer les faits d'état civil au SEM. Ils doivent donc être communiqués dans le cas des personnes admises provisoirement qui ont fait l'objet d'une procédure d'asile antérieure (cf. ch. 2.4).

3.3 Requérants d'asile et requérants d'asile déboutés – livret N

3.3.1 Définition du statut

Le livret N peut être produit tant par des requérants d'asile que par des requérants d'asile déboutés qui ont le droit de séjourner en Suisse pendant le délai de départ.

Ce fait ne ressort pas du livret, mais a son importance pour les autorités de l'état civil, puisque dans le cas des requérants d'asile la question de la qualité de réfugié est encore ouverte, tandis qu'il faut y répondre par la négative dans le cas de requérants d'asile déboutés de manière définitive qui ont le droit de séjourner en Suisse jusqu'à l'expiration du délai de départ. Il faut pour cette raison vérifier dans le SYMIC si la procédure d'asile est encore pendante ou si une décision négative exécutoire a été rendue.

Après l'expiration du délai de départ, les requérants d'asile déboutés définitivement n'ont en règle générale plus de livret.

3.3.2 Requérants d'asile (livret N)

Injonction de se procurer des documents : il est permis d'enjoindre aux requérants d'asile de se procurer des documents existants qui peuvent être obtenus sans qu'il leur soit nécessaire d'entrer en contact avec les autorités de leur pays d'origine. Il n'est cependant pas permis de leur demander de se procurer de nouveaux documents qui présupposent qu'ils entrent en contact avec les autorités de leur pays d'origine. Ces dernières sont considérées comme des persécuteurs potentiels par rapport aux requérants d'asile.

Obligation de saisie : en vertu de l'art. 10, al. 2, LAsi, les autorités et les services administratifs sont tenus de saisir et de transmettre au SEM les documents de voyage, les pièces d'identité ou tout autre document pouvant fournir des renseignements sur l'identité d'une personne ayant déposé une demande d'asile en Suisse. Ainsi, il faut saisir et transmettre au SEM l'intégralité de ces documents dans le cas de requérants d'asile.

Vérification des documents : il est permis de soumettre les documents de requérants d'asile à une vérification approfondie. Il doit cependant ressortir clairement de la demande de vérification qu'il s'agit de documents d'une personne qui demande l'asile. La représentation suisse mandatée doit être instruite du fait que la vérification approfondie est à mener avec la discrétion de mise dans ces circonstances et en est donc responsable (cf. ch. 2.3.2).

Communication de faits d'état civil : en vertu de l'art. 51, al. 1, OEC, l'office de l'état civil compétent pour enregistrer les données de l'état civil est tenu de communiquer les faits d'état civil au SEM. Ils doivent donc être communiqués dans le cas des requérants d'asile (cf. ch. 2.4).

3.3.3 Requérants d'asile déboutés définitivement (avec ou sans livret N)

Du point de vue des autorités de l'état civil, les mêmes règles s'appliquent pour les requérants d'asile déboutés définitivement, que le délai de départ ait expiré ou non. Il n'importe aucunement pour l'état civil s'ils produisent ou non un livret N.

Injonction de se procurer des documents : il est permis d'enjoindre aux requérants d'asile déboutés définitivement de se procurer des documents existants et de nouveaux documents qui supposent d'entrer en contact avec les autorités du pays d'origine.

Obligation de saisie : en vertu de l'art. 10, al. 2, LAsi, les autorités et les services administratifs sont tenus de saisir et de transmettre au SEM les documents de voyage, les pièces d'identité ou tout autre document pouvant fournir des renseignements sur l'identité d'une personne ayant déposé une demande d'asile en Suisse. Ainsi, il faut saisir et transmettre au SEM l'intégralité de ces documents dans le cas de requérants d'asile déboutés.

Vérification des documents : il est permis de soumettre les documents de réfugiés déboutés définitivement à une vérification approfondie sans restriction.

Communication de faits d'état civil : en vertu de l'art. 51, al. 1, OEC, l'office de l'état civil compétent pour enregistrer les données de l'état civil est tenu de communiquer les faits d'état civil au SEM. Ils doivent donc être communiqués dans le cas des requérants d'asile déboutés (cf. ch. 2.4).

3.4 Personnes à protéger – livret S

3.4.1 Définition du statut

La Suisse peut accorder la protection provisoire à des personnes à protéger aussi longtemps qu'elles sont exposées à un danger général grave (art. 4 LAsi). Le statut de personne à protéger découle clairement du livret S.

3.4.2 Personnes à protéger (livret S)

Injonction de se procurer des documents : il est permis d'enjoindre aux personnes à protéger de se procurer des documents existants qui peuvent être obtenus sans qu'il leur soit nécessaire d'entrer en contact avec les autorités de leur pays d'origine. Il n'est cependant pas permis de leur demander de se procurer de nouveaux documents qui présupposent qu'elles entrent en contact avec les autorités de leur pays d'origine. Ces dernières sont considérées comme des persécuteurs potentiels par rapport aux personnes à protéger.

Obligation de saisie : en vertu de l'art. 10, al. 2, LAsi, les autorités et les services administratifs sont tenus de saisir et de transmettre au SEM les documents de voyage, les pièces d'identité ou tout autre document pouvant fournir des renseignements sur l'identité d'une personne ayant déposé une demande d'asile en Suisse. Ainsi, il faut saisir et transmettre au SEM l'intégralité de ces documents dans le cas de personnes à protéger.

Les documents de voyage, les pièces d'identité ou tout autre document pouvant fournir des renseignements sur l'identité d'une *personne originaire d'Ukraine* ayant déposé une demande d'asile en Suisse ne doivent pas être saisis en original. Pour les personnes à protéger originaires d'Ukraine, les documents doivent être copiés et transmis au SEM. Les personnes à protéger originaires d'Ukraine sont autorisées à voyager et, pour cette raison, les originaux des documents ne doivent pas être saisis.

Lors de la saisie dans le registre de l'état civil de personnes originaires d'Ukraine en vue d'un fait ou d'une déclaration d'état civil qui doit être enregistré en Suisse, les documents présentés en original sont considérés comme pièces justificatives et doivent être archivés en conséquence. Les documents provenant des pièces justificatives peuvent être restitués par les offices de l'état civil aux ayants droit et doivent être remplacés par des copies certifiées conformes à l'original (art. 33, al. 2, OEC). Les documents d'état civil de personnes originaires d'Ukraine ne doivent pas être saisis, mais doivent également être copiés et transmis au SEM.

Vérification des documents : il est permis de soumettre les documents de personnes à protéger à une vérification approfondie. Comme la question de la qualité de réfugié n'est pas éclaircie, il faut éviter tout contact avec les autorités susceptibles d'être des persécuteurs. Il doit pour cette raison ressortir clairement de la demande de vérification qu'il s'agit de documents d'une personne à protéger. La représentation suisse mandatée doit être instruite du fait que la vérification approfondie est à mener avec la discrétion de mise dans ces circonstances et en est donc responsable (cf. ch. 2.3.2).

Communication de faits d'état civil : en vertu de l'art. 51, al. 1, OEC, l'office de l'état civil compétent pour enregistrer les données de l'état civil est tenu de communiquer les faits d'état civil au SEM. Ceux-ci doivent donc être communiqués dans le cas des personnes à protéger titulaires d'un livret S (cf. ch. 2.4).

3.5 Écrits de confirmation des services des migrations

La LEI ne prévoit pas formellement d'écrits de confirmation des services cantonaux des migrations indiquant que la décision de renvoi entrée en force n'est pas exécutée (« *tolérance* »). Mais, dans la pratique, ces services en délivrent parfois. Lorsqu'une personne produit un tel écrit, il faut demander à l'autorité qui l'a délivré des renseignements sur la marche à suivre.

4 Entrée en vigueur

La présente directive entre en vigueur immédiatement. La circulaire OFEC no 04-08-01 du 4 août 2004 « *Mode de collaboration entre les autorités de l'état civil et les autorités de l'asile* » est abrogée.

Office fédéral de l'état civil OFEC

David Rüetschi

Annexes :

- Annexe 1 : Formule « *Confirmation de saisie de documents* »
- Annexe 2 : Formule « *Demande de consultation du dossier d'asile* »
- Annexe 3 : Vue d'ensemble des statuts de séjour des étrangers pour les autorités de l'état civil
- Annexe 4 : Tableau synoptique des statuts en matière de droit de l'asile et des étrangers